

Redemanuskript des Landtagsabgeordneten Michael Weichert zur Aktuellen  
Debatte: „Zwei Jahre Agenda 2010 – Auswirkungen im Freistaat Sachsen“,  
13. Sitzung des Sächsischen Landtages, 11. März 2005, TOP 1

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Die PDS hat diese Debatte zu den Auswirkungen der Agenda 2010 auf Sachsen beantragt. Und ich bin nicht allzu überrascht, dass sie diese Stunde nutzt, uns gehörig ins sozialpolitische Gewissen zu reden. Die PDS selbst hat sich die Arbeit gemacht, ein Alternativprogramm zum Regierungsprogramm, die so genannte „Agenda Sozial“, zu entwerfen. Da will die PDS, ich zitiere „.... die flächendeckende Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 und bald schon auf 30 Stunden“. Das „schafft mehr Raum für Erziehung und vergrößert das wöchentliche Zeitfenster für soziale Kontakte.“

Meine Damen und Herren von der PDS, wenn wir Ihr Programm hier im Landtag umsetzen, hätten wir hier im Hause die Debatte am Mittwoch abbrechen müssen und uns den gestrigen und heutigen Tag sparen können. Wir hatten am Mittwoch wahrscheinlich alle schon die 30 Stunden voll. Berichterstattung hätten wir heute auch nicht mehr, denn auch die Damen und Herren Journalisten hätten, ginge es nach der PDS, schon lange frei. Es steht Ihnen in der PDS ja frei, Ihren Arbeitsalltag und den Ihrer Mitarbeiter nach Ihrer „Agenda Sozial“ zu gestalten, aber bitte verkaufen Sie uns solche Rezepte nicht als Antwort auf die wirtschaftspolitischen Herausforderungen, vor denen wir im Bund und hier in Sachsen stehen. Alle ernstzunehmenden Sachverständigen sind sich einig, dass es zur Agenda 2010 keine Alternative gab und gibt. Die Ursache, warum Deutschland bei Indikatoren wie dem Wachstum und der Beschäftigung hinter denen vergleichbarer europäischer Länder zurückbleibt, ist nicht die Agenda 2010, sondern das Versäumnis, nach den Jahren des Stillstandes unter Helmut Kohl nicht schon viel früher mit den Reformen begonnen zu haben. Das räumen wir selbstkritisch ein. Großbritannien und die skandinavische Länder haben es uns vorgemacht, dass durch kluge, sozial

ausgewogene Reformen neue Arbeitsplätze entstehen und dass durch eine bessere Betreuung mehr Menschen in den Arbeitsmarkt gebracht werden können. Mehr Menschen in Beschäftigung und den Sozialstaat zukunftsfähig machen – das schafft den Freiraum für dringend notwendige Investitionen. Auch wenn der Arbeitsmarkt ein anderes Bild bietet, die ersten positiven Auswirkungen der Agenda 2010 sind jetzt schon sichtbar, weitere werden folgen: Noch in diesem Jahr werden die Krankenkassenbeiträge sinken. Das bedeutet: Der Faktor wird entlastet, und gleichzeitig haben die Beschäftigten mehr Netto in der Tasche. Agenda 2010 das heißt aber auch, mehr Geld in die Bildung zu investieren, damit wir auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb mithalten können. Sachsen partizipiert bereits am Programm für die Ganztagesbetreuung an den Schulen und im Bereich Hochschule würde ich mir wünschen, dass die neue Landesregierung den Blockadekurs aufgibt, den die alte Landesregierung in der Wissenschaftspolitik gegenüber dem Bund gefahren ist. Das Exzellenzprogramm zur Ertüchtigung der Hochschulen der Bundesregierung sieht vor, für bis zu zehn Spitzen-Universitäten sowie für den Ausbau internationaler Spitzenforschung an den Universitäten bis zum Jahr 2011 insgesamt 1,9 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen. 75% davon wird der Bund übernehmen. Auch diese Finanzierung wird im Rahmen der Agenda 2010 ermöglicht und es wäre nur wünschenswert, wenn der Freistaat Sachsen diese Initiative der Bundesregierung unterstützt. Auch wenn es in der öffentlichen Diskussion noch so häufig unterstellt wird: Die Agenda 2010 ist kein Programm des Sozialdumpings, sie ist Teil der von den europäischen Ländern beschlossenen Lissabon-Strategie mit dem Ziel Europa zur "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Region der Welt" zu machen. Wir als grüne Fraktion unterstützen die Ziele der Agenda 2010 und wollen verstärkt in den Faktor Mensch und in Forschung und Entwicklung zu investieren. Auch die Ansiedlung des Zentrums für Bio-Energie ist eine Auswirkung der Agenda 2010 auf Sachsen und Ausdruck des Bestrebens, den Forschungsstandort Sachsen zu stärken.

In Deutschland entscheidet die soziale Herkunft mehr als in anderen Ländern über die Bildungschancen. Und in kaum einem anderen Bundesland sind die Unterschiede in diesem Bereich so stark wie in Sachsen. Es ist erklärtes Ziel des Prozesses der Agenda 2010 daran etwas zu ändern. Es ist ferner unsere Aufgabe, die Zahl studierfähiger junger Menschen in den nächsten Jahren drastisch zu erhöhen und dafür zu sorgen, dass fast doppelt so viele Leute eines Jahrgangs in Zukunft einen Hochschulabschluss erwerben.

All das ist Teil des Prozesses der Agenda 2010, die 30 verschiedene Reformvorhaben miteinander verbindet und die auch dem Standort Sachsen mittelfristig helfen wird.